

(DGVN) den Abgeordneten vor.⁷ Ihre Vertreter erläuterten die Öffentlichkeitsarbeit der Organisation und nahmen zu den Themen Reform, Gesamtkoordination und Finanzierung der Vereinten Nationen sowie zu den Blauhelm-Einsätzen Stellung. Zwischen ihr und dem UA findet ein ständiger Informationsaustausch statt. Andere Organisationen werden eingeladen, wenn ein Tagesordnungspunkt ansteht, zu dem sie als Sachverständige oder Interessengruppe etwas beitragen können. Beispielsweise war bei der Berichterstattung des Beauftragten der Bundesregierung über die diesjährige Tagung der Menschenrechtskommission in Genf zusätzlich ein Vertreter von Amnesty International zugegen.

Die Reform der Vereinten Nationen

Einer der herausragenden Arbeitsschwerpunkte des Unterausschusses ist die Reform der Vereinten Nationen. Auch wenn sich die Weltorganisation seit ihrem Bestehen einem permanenten Erneuerungsprozeß stellen muß, um den neuen politischen Gegebenheiten und Anforderungen zu genügen, so ist doch gegenwärtig die Frage einer Reorganisation der UN eines der wichtigsten Themen in der Diskussion über eine Neuordnung der internationalen Beziehungen. Der UA Uno hat Anschluß an diese Diskussion auf zwei Wegen gesucht.

● Erstens haben die Abgeordneten der Opposition und der Koalition jeweils eigene Reformanträge erarbeitet und im Ausschuß zur Diskussion gestellt. Die Arbeitsgruppe Uno der SPD-Fraktion hatte unter Leitung Günter Verheugens schon frühzeitig die Initiative ergriffen und nach etwa einem Jahr der Vorbereitung einen Entschließungsantrag zur Reform der Vereinten Nationen in den Bundestag eingebracht.⁸ Die erste Beratung des Antrags fand am 23. Januar 1992 statt.⁹ In der einstündigen Debatte zeigte sich, daß keine der Parteien die Möglichkeit und Notwendigkeit einer UN-Reform in Frage stellt. Strittig wurde dagegen die Durchsetzbarkeit einzelner Reformvorstellungen des SPD-Antrags beurteilt. Die Redner der Koalitionsfraktionen bezweifelten besonders diejenigen Vorschläge, die eine Änderung der Charta einschließen wie zum Beispiel eine veränderte Zusammensetzung des Sicherheitsrats oder die Abschaffung des Vetorechts und kritisierten die sozialdemokratische Haltung, Bundeswehrosoldaten nur für Blauhelm-Missionen, nicht aber für Kampfeinsätze den UN zu unterstellen. Die SPD-Abgeordneten hoben dagegen die Priorität und Wirksamkeit der friedlichen Konfliktlösung hervor und forderten in Übereinstimmung mit dem FDP-Redner, daß bei einer anderen Zusammensetzung des Sicherheitsrats nicht nur die Mitgliedschaft Deutschlands anzustreben sei, sondern auch eine angemessene Repräsentanz der Staaten der Dritten Welt. Unstrittig waren zwischen Koalition und Opposition die Forderungen nach einer Stärkung des Generalsekretärs, nach effizienterer Gestaltung des UN-Sekretariats und der Gesamtorganisation, nach dem Ausbau der entwicklungs- und umweltpolitischen Institutionen der UN und nach der Einstufung von gravierenden Menschenrechtsverletzungen als Friedensgefährdung. Übereinstimmung bestand auch darin, daß die Reform der Uno nur schrittweise und punktuell zu realisieren ist und daß sie von der von PDS/LL und Bündnis 90 angemahnten Demokratisierung nicht abhängig gemacht werden darf, weil dies auch das Vorhandensein demokratischer Strukturen in den Mitgliedsländern erfordere. Insgesamt konnten die einzelnen Reformvorschläge in der Debatte nur cursorisch zur Sprache kommen; die Detailarbeit muß in den Ausschüssen geleistet werden.

Ein halbes Jahr später legte dann auch die Koalition ihre Anträge vor.¹⁰ Wie so oft, wurden die Streitpunkte im Ausschuß in einer sachlichen Atmosphäre ausgetragen. Trotz einer Reihe von Berührungspunkten zwischen Koalition und Opposition und trotz eines zustande gekommenen Vermittlungspapiers zum entwicklungspolitischen Teil der Anträge blieben vor allem die Aussichten für eine Änderung der UN-Charta, der

Der Deutschen Uno

Seit wir Deutschen ständig und überall unsere neue weltpolitische Verantwortung entdecken, scheinen wir auch in den UN vollkommen *out of area* geraten zu sein. Ein neuer *Furor teutonicus* hat uns ergriffen. Er kommt diesmal nicht in schimmernder oder brauner Wehr daher, sondern im Kleid des bewaffneten Samariters. Wir wollen nicht herrschen, sondern helfen, helfen, helfen. Da wir uns dafür unser Wunsch-Instrument, eine voll bewaffnete Technische-Hilfswerk-Rotkreuz-Heilsarmee, bisher nicht haben basteln können, muß die Bundeswehr aushelfen. In Somalia zum Beispiel mit humanitärer Hilfsbereitschaft als Teil der dortigen UN-Verbände, die unter Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen militärischen Zwang ausüben und im somalischen Bürgerkrieg Kriegspartei geworden sind.

Hauptsache, unsere *Partners in Leadership* schauen uns nicht scheel an oder halten uns gar für Drückeberger. Hauptsache, alle Welt sieht, daß wir gute Uno-Pflicht-Erfüller sind. Gelegentlich geht's auch flexibler, vor allem wenn ohne Bundeswehr. Bei der globalen Finanzierung der UN sind wir immerhin auf Platz drei vorgerückt (allerdings auch auf Platz drei beim Waffenexport). Bei der Entwicklungshilfe wiederum sind deutsche Steigerungsraten nicht zu vermelden. UN-Menschenrechtskonferenz nach Berlin? Nein danke, kommt zu teuer. Überlassen wir lieber den Österreichern. Mal so, mal so, meistens so.

Wir könn(t)en auch anders. Uns etwa dafür einsetzen, daß weniger à la Golfkrieg und Balkankonflikt durch eigenwillige Großmächte, NATO und EG *unter dem Dach* oder *im Rahmen der Uno* und mit dem Sicherheitsrat als Beschaffer von Resolutionen, sondern mehr durch die Uno selbst gehandelt wird. Daß Autorität und Funktion des Generalsekretärs nicht weiter gemindert werden. Daß im Sinne seiner *Agenda für den Frieden* die die UN stärkenden Teile der Charta verwirklicht und fortentwickelt werden. Wir könnten unsere eigene Beteiligung an militärischen Einsätzen der Vereinten Nationen von einer buchstabengetreuen Verwirklichung des Artikels 43 der Charta abhängig machen. Wir könnten gegen einen quicken, selektiven und zum guten Teil von innenpolitischen Fluktuationen in den USA abhängigen militärischen Interventionismus, der der Uno mehr schadet als nützt, Stellung nehmen. Wir könnten eine gegen Waffenproduktion und -export gerichtete Politik betreiben und damit auf ein Ende des ständig neuen *Circulus vitiosus* hinwirken: Intervention mit Waffenlieferungen verschärft Konflikte, macht sie inhuman, führt (so man will) zu bewaffneter, nun als humanitär deklarerter Intervention.

Wir können dies und manches mehr. Aber es geht uns offenbar weniger um Politik und UN, sondern mehr darum, mittels der UN endlich wieder in unserer vollen Größe erkannt und anerkannt zu werden. Willi Zwo läßt grüßen. Und ein paar andere grüßen klammheimlich mit. Unsere mittlerweile ungebremste Forderung nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat markiert das endgültige Ende unserer Nachkriegs-Verschämtheit. Begeisterungstürme sind bisher jedoch weder bei unseren *Partners in Leadership* noch bei den übrigen 183 UN-Mitgliedstaaten auszumachen. Die seit Juli vorliegenden Antworten auf eine Umfrage des Generalsekretärs bei den UN-Mitgliedern zu einer Reform der Vereinten Nationen zeigen vielmehr, daß auch in diesem Falle alles seinen gewohnten und schwerfälligen Uno-Gang gehen wird. Vielleicht sollten wir die dadurch verfügbare Zeit doch nutzen, um ein wenig mehr tatsächliche UN-Politik zu entwickeln. Ginge auch ohne Großmachtanspruch.

Hans Arnold □